



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

223 (16.5.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-185378](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-185378)



# Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Spalte, kleinste 30 Pf., Finanzen-Anzeigen und Anzeigen von Versicherungsgesellschaften 40 Pf., Resten 20 Pf. Sonntagsblätter: Montagblatt vormitt. 10 Uhr, Abendblatt nachmittags 2 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Überanmeldung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgegend monatlich M. 2.50 mit Belegform. Postbezug: Viertel M. 6.42 einjährig. Bei der Post abgefordert M. 5.70. Einzel-Nr. 10 Pf.

Hauptredaktion: Dr. Fritz Goldmann, Darmstadt. (Für Politik: Dr. Fritz Goldmann, für Literatur: Hans Götting, für Kalligraphie und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schöler, für Musik: Franz Richter, für Anzeigen: Anton Grieser, Franz und Dierker, Dr. Carl Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Hauptredaktion Mannheim, General-Registrierung Mannheim, Postfach-Land Nr. 17940 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940-7946.

## Ein Weltfeldzug gegen den Friedensvertrag.

### Wenn wir nicht annehmen.

Im gestrigen Abendblatt hat unser Berliner Korrespondent über die Aufnahme berichtet, die der Projekt der deutschen Nationalversammlung in der französischen Presse gefunden hat. Sie droht und sucht die öffentliche Meinung in Deutschland einzuschüchtern. Wenn die Unterschrift verweigert wird, dann wird die Blockade aufs äußerste verschärft und es erfolgt alsbald der Einmarsch ins Ruhrgebiet. Ganz ohne Frage werden solche Drohungen ihres Eindruckes nicht verfehlen, sie werden darum in nächster Zeit in verstärktem Maße wiederkehren. Und ganz ohne Frage ist die Entscheidung, vor der das deutsche Volk und seine führenden Männer stehen, von der furchtbaren Schwere. Keine Frage kann weniger in starker Gefährdung entschieden, keine muß gründlicher geprüft werden. Vor allem aber wollen wir uns hüten unser Urteil beeinflussen oder trüben zu lassen durch die Drohungen und Einschüchterungen der feindlichen Presse, die selbstverständlich die äußersten und raffiniertesten Anstrengungen machen wird, die Stimmung in Deutschland zugunsten einer glatten Annahme der Friedensbedingungen zu beeinflussen. Vor allem wird Frankreich suchen, durch seine Presse und durch Deutschland bereisende und bearbeitende Agenten die Partei der Unterschriftswilligen in Deutschland zu stärken, Frankreich muß ja die verzweifeltsten und wahnsinnigsten Versuche machen, Deutschland wie eine Tritone auszurufen, da es selbst vor dem finanziellen Zusammenbruch steht, es ist siegreich ruiniert, wenn es Deutschland nicht bis zum äußersten ausrauben kann. Und gerade darum müssen wir die Frage der Unterschrift äußerst kaltblütig zu behandeln suchen.

Die folgende Betrachtung sucht einmal ganz ruhig und sorgsam das Für und Wider der schweren Entscheidung abzuwägen.

Worin würden die Folgen bestehen, wenn wir nicht annehmen?

Die erste Sorge ist die um das tägliche Brot. Die Blockade würde dann auch weiterhin aufrecht erhalten werden. Das ist ja zuzugeben. Wir hätten dadurch keine Aussicht mehr irgendwelche Lebensmittel von unseren Feinden zu erhalten. Was haben wir aber bisher erhalten, und was haben wir weiter zu erwarten? Die Tatsache steht fest, daß wir, trotz der seit einigen Monaten erhöhten Protektion, mit unseren Vorräten an Brotgetreide bis zur nächsten Ernte auskommen können. Wir stehen also in dieser Beziehung jetzt besser da als in früheren Jahren. Was wir von unseren Gegnern erhalten haben, ist so minimal, daß es für die Volksernährung fast ohne jede Bedeutung ist. Kann sich nun in dieser Beziehung bei einer Aufhebung der Blockade etwas Besseres? Nein! Denn wir haben keine Schiffe, um Lebensmittel zu holen, und kein Geld um sie zu bezahlen. Der Friedensvertrag würde uns aber aller Mittel so vollkommen berauben, daß jede Möglichkeit fehlte, Nahrungsmittel in größerem Umfang im Ausland zu erwerben. Insofern gedenken wir also auch unsere Ernährung durch die Annahme des Friedensvertrages nicht bessern.

Was würden die militärischen Folgen einer Ablehnung der unerhörten Forderungen sein? Künftige Gezeiten sagen, unsere Feinde würden sodann ganz Deutschland besetzen. Schon jetzt berechnen man in Frankreich, welche große Truppenmassen erforderlich sein werden, um nur die unterirdischen Wehrwerke zu halten. Die 10fache Armee wäre aber mindestens notwendig, um das deutsche Reich in der Gewalt der Gegner zu halten. Glaubt daher ein Mensch, daß das französische Volk zu solchen Opfern eines fortdauernden Kriegszustandes bereit ist? Man weiß, daß heute schon von den französischen Besatzungstruppen viele Tausende desertieren, weil sie nur das eine Bedürfnis haben, in der Heimat nach den jahrelangen Kriegsjahren endlich in Ruhe und Frieden zu leben. Herr Clemenceau und sein Anhang sollten es nur einmal wagen, dem französischen Volke klar zu machen, daß wiederum einige Millionen Männer die Heimat verlassen müssen, um den Gewaltfrieden durchzusetzen, den die Sozialisten Frankreichs und aller anderen Länder von jeher abgelehnt haben. Selbst wenn wir uns aber in dieser Beziehung täuschen sollten, und das französische Volk wirklich bereit wäre, sich noch mehr für die Revanchepolitik eines Clemenceau zu opfern, dann würde dadurch unsere Lage ja auch nicht schlimmer werden. Im ungünstigsten Falle müßten wir den schwachvollen Frieden annehmen. Es wäre daher doch unter allen Umständen ratsam, nun mindestens einen Versuch zu machen, wie die Völker von Frankreich und England unsere Ablehnung des Friedens aufnehmen.

Was könnte uns sonst noch an Folgen aus der Verweigerung unserer Unterschrift unter das Dokument der schamlosen Vergewaltigung fernere treffen? Unsere Feinde würden auf die gesamte deutsche Industrie ihre Hand legen, so sagt man. Das wäre möglich, falls sie genügend Truppen dazu aufbringen könnten. Einen größeren Schaden würden wir davon aber auch nicht haben, als wenn wir den Vertrag annehmen. Denn in diesem Falle läme unsere Industrie ja doch zum ganglichen Erliegen, da sie der Kohlen und der Rohstoffe beraubt ist. Unsere Feinde hätten aber nicht den geringsten Nutzen davon, denn gegen die passive Resistenz eines ganzen Volkes da gibt es kein Mittel. Auch den schamlosen Raub

an unsern Viehbeständen könnten die Feinde nicht durchführen. Man sollte nur den Versuch wagen, durch feindliche Kommandos dem deutschen Bauer das Vieh aus dem Stalle zu holen.

Ebensowenig würden auch unsere Gegner in der Lage sein, ihre Kriegsschadigungen einzutreiben, denn alle öffentlichen Kassen wären beim Einsetzen des Feindes leer. Unsere Not wäre also nicht größer als nach der Annahme des Fried-

ensstandes bedeuten und die Zahl der Arbeiter und Angestellten müßte naturnotwendig auch auf ein Drittel herabgemindert werden. Für die übrigen bliebe nur die Auswanderung oder besser gesagt die weiße Sklaverei (wenn die Entente die Auswanderung überhaupt gestattet) oder der Hunger übrig.

### Drohungen.

Paris, 15. Mai. (W. V.) Davos. Marschall Foch ist am Donnerstag vormittag nach dem Hauptquartier der Rheinfront abgereist, um die sofortige Durchführung der Zwangsmaßnahmen vorzubereiten, die im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland zur Anwendung kommen sollen.

### Die neutralen Sozialisten gegen den Unfriedensvertrag.

[.] Berlin, 16. Mai. (Von unserem Berl. Büro.) Aus sozialistischen Kreisen wird der Vossischen Zeitung geschrieben: Der Unfriedensvertrag hat bei den Sozialisten der neutralen Länder lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Es sei, so wird erklärt, ausgeschlossen, daß es den deutschen Sozialisten auch beim besten Willen gelingen könne, dem nationalsozialistischen Anturum Widerstand zu leisten, den die etwaige Ratifikation dieses Friedensvertrages, der in Wahrheit ein Unfriedensvertrag sei, entfachen müßte. Gerade vom Standpunkt der Friedensfreunde müsse gegen den Ententevertrag aufs schärfste Front gemacht werden. Die sozialistische Partei Deutschlands müsse eine klare Stellungnahme der sozialistischen Internationale zu erreichen suchen, um die sozialistischen Parteien der Ententeländer zum Vergehen gegen den Vertrag zu veranlassen. Wir möchten annehmen, daß die deutsche sozialistische Mehrheitspartei in dieser Richtung sich betätigen wird.

### Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden.

#### Ansprachen Eberts und Scheidemanns.

Berlin, 15. Mai. (W. V.) In einer gewaltigen Kundgebung gegen den Gewalt- und Machtfrieden der Entente gestaltete sich eine Massenversammlung auf dem Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude in Berlin, welche vom Reichsverband der Grenzmarkenschutzbund einberufen worden war. Eine ungeheure Menschenmenge besetzte den weiten Königsplatz, darunter Fahnen, Wulffkapellen und Transparente mit Inschriften wie: Nur ein wahrer Völkerverbund, keinen Raub der Grenzmarken, Selbständigkeit der Völker, nur die 14 Punkte. Sämtliche Kirchenglocken Berlins läuteten die Feier ein, welche mit dem niederländischen Dankgebet begann. Zahlreiche Redner, vor allem Vertreter aller bedrohten Landestteile, hielten Ansprachen gegen den Gewaltfrieden, den Raub deutscher Gebiete und die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes.

Am Schluß wurde ein Trutzgesandnis verlesen, welches die schwere Enttäuschung unserer Erwartungen auf einen Recht Frieden anspricht, für unsere bedrohten Landestteile das zugehörige Recht der Selbstbestimmung fordert und gelobt, in Deutschlands Schicksalsstunde mit Gut und Blut dafür einzustehen, daß deutsch bleibt, was deutsch ist. Tausende von Hände streckten sich empor, um diesen Schwur zu bekräftigen. Ein brausendes Hoch für das deutsche Volk und Vaterland war das Echo einer Entschlossenheit, welche gegen die Vergewaltigung der Willenslosen Widerstand, welche auch unter Recht und Gerechtigkeit gewöhnlichen sollten, protestiert und zur Ablehnung jedes Gewalt- und Machtfriedens auffordert. Abordnungen der einzelnen Grenzschutzvereine begaben sich zum Reichspräsidenten Ebert und Reichsverweser Scheidemann, während sich die Versammlung schweigend auflöste.

Berlin, 15. Mai. (W. V.) Die Ansprache des Reichspräsidenten Ebert an die Vorbereitung des Grenzmarken-Schutzvereins nach der Kundgebung auf dem Königsplatz hat folgenden Wortlaut:

Meine Herren! Ich habe mit Genugtuung vernommen, welchen eindrucksvollen Verlauf die Massenversammlung genommen hat, die unter Ihrer Leitung von der Berliner Bevölkerung heute Nachmittag auf dem Königsplatz veranstaltet wurde. Die Reichsregierung schöpft aus diesen Massenversammlungen des deutschen Volkes doppelte Kraft, nämlich die Überzeugung, in ihrem Vorgehen das gesamte Volk oder doch die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben und als wirkliche Volksvertretung die Ziele und Gedanken aller zu vertreten, ferner aber das Bewußtsein, daß in unserem sehr schwer geprüften Volk, trotz aller Schwächung während der Kriegsjahre, ein starker Wille zur nationalen Selbstbehauptung, ein mächtiger Strom der Zusammengehörigkeit und der Begeisterung für unser Volkstum lebt. In den kommenden schweren Tagen müssen diese Gefühle uns alle erfüllen.

Es ist für alle Bürger der bedrohten Ost- und Westmark unseres Landes der stärkste und mächtigste Trost, daß ihr Deutschland nicht untergehen wird. Gestützt auf diese einmütige Entschlossenheit wird die Reichsregierung mit allen Mitteln gegen die Vergewaltigung unserer Volksgenossen und gegen die Verwüsthungen unserer Wirtschaft zu verfahren, kämpfen. Helfen Sie uns dabei. Wirken Sie in diesem Sinne ermahmend auf alle Kleinmütigen im Volke, dann wird es möglich sein, unser Recht durchzusetzen.

Berlin, 15. Mai. (W. V.) Im Laufe des späten Nachmittags versammelten sich vor der Reichskanzlei immer neue gewaltige Menschenmassen. Als die Menge auf viele Tau-

## Wahltag — Zahltag!

Der 18. Mai 1919 wird für die fernere Entwicklung Mannheims von entscheidender Bedeutung sein! Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte unserer Stadt!

Bürger und Bürgerinnen! Raßt Euch auf, streift den schweren Druck, der infolge der furchtbaren Friedensbedingungen auf Euren Gemütern lastet, energisch ab. Bleibt am kommenden Sonntag nicht teilnahmslos von der Wahlurne fern. Erfüllt Eure stadtbürgerliche Pflicht. Die Beilegung muß wieder so stark, wie am 5. Januar sein, als es galt, die Vertreter Mannheims für die Badische Nationalversammlung zu wählen. Das beschämende Schauspiel, das die letzte Volksabstimmung bot, darf sich nicht wiederholen.

Schüttelt nicht ungläubig den Kopf, wenn wir behaupten, daß es am kommenden Sonntag auf jede bürgerliche Stimme ankommt. Es ist Gefahr im Verzuge. Die Sozialdemokratie entfaltet die intensivste Tätigkeit in dem Bestreben, die unbestrittene Herrschaft auf dem Rathaus zu erringen. Das darf nicht sein. Unser Gemeinwesen kann nur dann zu neuer Blüte gelangen, wenn im Bürgerauschuß auch das Bürgerium und seine Parteien entsprechend der maßgebenden Bedeutung der bürgerlichen Erwerbskriechen für unsere Industrie- und Handelsstadt vertreten sind.

Bürgerliche Wähler und Wählerinnen! Bedenket, daß Ihr darüber zu entscheiden habt, wie Mannheim in den nächsten Jahren regiert werden soll. Das Wählen ist so leicht als möglich gemacht. Der Wahlzettel ist bereits ins Haus gesandt. Die Wahllokale wurden bedeutend vermehrt, sodaß ein langes Warten bis zur Erledigung der Wahlhandlung nicht zu befürchten ist. Müht Euch nicht nur selber auf, sondern auch Eure Angehörigen, Euren Bekanntenkreis, denn, wie gesagt: auf jede Stimme kommt es an.

Bürgerliche Frauen! An Euch wenden wir uns ganz besonders mit der Bitte um recht starke Wahlbeteiligung. Sorgt dafür, daß Ihr im Stadtparlament Eurer Stimmenzahl entsprechend vertreten seid, damit die Frau die umfassende segensreiche Tätigkeit entfalten kann, die ihr als Stadtverordnete zugewiesen ist. Am kommenden Sonntag muß sich wieder das herzerfreuende Bild zeigen, daß der Mann mit der Frau, die Eltern mit den Kindern zum Wahllokal wandern. Der 18. Mai 1919 muß bewelsen, daß die Mannheimer Bürgerchaft politisch gut geschult ist, daß sie die Bedeutung des Tages für die ferneren Geschehnisse unserer Stadt voll erfaßt hat. Darum:

## Auf zur Wahl! Niemand fehle!

denvertrages. Denn auch dann sind wir gar nichts weiter als Sklaven zweier von wahnsinnigem Dünkel aufgeblähten Völkern.

Trotz allem, was man in den letzten Monaten vom deutschen Volke erlebt hat, läßt sich doch nicht annehmen, daß es nun eine solche Rolle übernehmen würde, ohne wenigstens das Neueste zu seiner Rettung versucht zu haben. Vielleicht benutzt Herr Clemenceau jetzt die augenblickliche Ruhe, um die preussische Geschichte des Jahres 1813 zu studieren.

Berlin, 16. Mai. (Von uns. Berl. Büro.) Der Großindustrielle Thyssen aus Wülfrath, welcher als sachverständiger Beirat der deutschen Friedensdelegation in Versailles angehört und mit dem Reichsminister Sieberts zusammen Frankreich vorübergehend verlassen hat, äußert sich über die Friedensbedingungen der Entente folgendermaßen: Durch Annahme der von dem Gegner Deutschlands angebotenen Bedingungen würde, abgesehen von politischen Folgen schlimmster Art, die Lage auf dem Arbeitsmarkt geradezu verzweifelt werden. Die Durchführung der geplanten Maßnahmen würde eine Einschränkung unseres Handels und unserer Industrie bis zu einem Drittel



sende angewachsen war und immer lebhafter, riefend den Ministerpräsidenten verlangte, trat Schreinemann an das Fenster und hielt folgende Ansprache:

„Meine Damen und Herren! Seitdem die Friedensbedingungen von der Entente und unterbreitet worden sind, haben sich Tag für Tag immer neue Tausende von Männern und Frauen hier versammelt, die wie die großen Kundgebungen in Berlin und im gesamten deutschen Reich immer wieder versicherten, daß das deutsche Volk geschlossen hinter der Regierung stehen werde im Kampfe gegen diesen Gewaltfrieden.“

Was dieser Gewaltfrieden für das deutsche Volk bedeuten wird, wenn er Gesetz würde, vermag in dieser Stunde überhaupt kein Mensch in allen seinen Kommenzen zu übersehen. Sie dürfen überzeugt sein, daß die Männer, die in der Regierung sitzen, sich ihrer Pflicht voll bewußt sind, doch vor entschlossenen sind, auszuhalten bis zum letzten Augenblicke. Wir können als richtige Männer nur einen Frieden annehmen, von dem wir überzeugt sind, daß wir keine Bedingungen auch erfüllen können. Sobald wir auf dem Boden des Rechtsfriedens verhandeln werden, müssen wir zu Bedingungen kommen, die es uns ermöglichen zu arbeiten, die es uns ermöglichen zu leben und die es uns ermöglichen, daß auch unser Volk, das für die Kultur Großes getan hat, nicht zermalmt wird, sondern seine geschichtliche Mission erfüllt. Unsere Unterhändler in Versailles werden umso besser arbeiten, je mehr sie überzeugt sein werden, daß das ganze Volk geschlossen hinter ihnen steht.

Ich bitte Sie, bleiben Sie bei der Stange, stehen Sie treu zu uns, tun Sie Ihre Schuldigkeit, wie ich Ihnen verspreche, das müßige zu tun. Ich bitte Sie inständig in das Hoch auf unser unglückliches aber so schönes geliebtes Vaterland, dem wir eine glücklichere Zukunft schaffen wollen. Es lebe Deutschland!

□ Berlin, 16. Mai. (Von unserm Verf. Büro.) Kein Tag vergeht ohne neue gewaltige und vielfach auch ergreifende Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden. Eine Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften, die in den letzten Tagen in Berlin zusammengetreten war, hat eine scharfe Protestentscheidung gegen den Gewaltfrieden der Entente angenommen. Die Entschließung stellt fest, daß die Bewirkung der Ententebedingungen am schwersten die deutsche Arbeiterklasse treffen würde, indem sie die deutsche Industrie vernichtet. Die Entschließung wendet sich an die allgemeine Solidarität der Völker, welche bei einer Ratifizierung des Gewaltfriedens auch weiterhin bedroht sein würde.

Aber auch Kräfte und Leute, von denen man es eigentlich nicht erwartet hätte, treten nun gegen die große Vergewaltigung auf. So der Bund „Neues Vaterland“, die Deutsche Friedensgesellschaft, die Deutsche Liga für den Völkerverbund, der Deutsche Bauernbund und die Zentralstelle für Völkerrecht. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland erklärt eine Kundgebung, der in die Ermahnung an die Regierung spielt, sich zu beugen und diesen Frieden als eine Verleugnung aller Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu verwerfen.

Nur die Unabhängigen gehen gefühllos an den Angehörigen eines gegnähnten Volkes vorbei und lernen ihre alten Sprüche. Die „Freiheit“ nennt die ergreifende Kundgebung auf dem Ringplatz „nationalistische Kundgebung“ und im Leitartikel hat Herr Rudolf Breitscheid, der sogenannte Minister der Interimszeit, die Dreißigkeit, die deutschen Männer und Frauen, die sich Strahlen ihr eigenes Todesurteil zu unterzeichnen, Parisier zu nennen.

Mannheim, 16. Mai. Der Ausschuss der Studentenchaft der Handels-Hochschule Mannheim hat anlässlich der Friedensbedingungen an den Reichspräsidenten Ebert folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Studentenschaft der Handels-Hochschule Mannheim legt hiermit feierlichst Protest ein gegen die jedem Reichsbürger hochsprühenden Wilson'schen Friedensbedingungen, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes unendlich machen.“

Unrühmlich trennt zur Regierung, teilt die Studentenschaft deren Ansicht und bittet dieselbe, keine Schritte unternimmt zu lassen, die unserem Volke ein für die Zukunft menschenwürdiges Dasein sichern.

Eingepet alles für das Vaterland.“

### Die Friedenskonferenz und die internationale Arbeiterschaft.

Berlin, 15. Mai. (W. B.) Der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist am 14. Mai nachfolgende Antwortnote übergeben worden:

Versailles, 14. Mai 1919.  
Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des Briefes vom 10. Mai zu bestätigen, der sich auf die nationale Arbeiterschaft bezieht, sowie Ihres Entwurfes des Abkommens über internationales Arbeiterrecht.

Die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen lautet wie folgt:

1. Sie nehmen Kenntnis von der Erklärung der deutschen Delegierten, daß der innere Frieden und der Fortschritt der Menschheit von der Lösung der Arbeiterfrage abhängt. Sie sind überzeugt, daß in Zukunft solche Lösungen leichter erreichbar werden, wenn das Bewußt des Menschen von dem Druck und der Angst vor einem Krieg und wenn die Industrie von der Last der Reparationen befreit sein wird, die der deutsche Willkürismus ihr auferlegt. Der Teil 13 des Entwurfes der Friedensbedingungen sieht die Mittel vor, durch die die Lösungen erreicht werden können. Der zweite Abschnitt des gleichen Teiles legt die Grundzüge aneinander, die fortgeschritten die internationale Arbeiterorganisation und dem Völkerverbund gleichen werden. Art. 427 legt klaren Zeugnis darüber ab, daß die Aufhebung der vorgeschlagenen Grundzüge nicht abgeschlossen ist. Zweck der geschaffenen Organisation ist die ständige Entwicklung der internationalen Arbeiterorganisation.

2. Das Arbeiterabkommen ist in den Friedensvertrag aufgenommen. Deutschland wird also aufgefordert, es zu unterzeichnen. In Zukunft wird Ihrem Lande das Recht, an den internationalen Arbeiterorganisationen teilzunehmen, sicher gestellt, sobald es gemäß Art. 1 des Vertrages in den Völkerverbund aufgenommen sein wird.

3. Es ist nicht für nötig erachtet worden, eine Arbeiterkonferenz nach Versailles einzuberufen. Die Beschlüsse der Ge-

werkschaftskonferenz in Bern, die in Ihrem Entwurf des Abkommens über internationales Arbeiterrecht enthalten sind und auf die sich 1. März Briefes vom 10. Mai bezieht, sind bereits mit der sorgfältigsten Aufmerksamkeit geprüft worden. Die Vertreter der Gewerkschaften sind an der Ausarbeitung der Artikel der Friedensbedingungen beteiligt, die auf die Arbeiter Bezug haben. Wie aus dem Anhang zum 2. Abschnitt des Briefes 13 Seite 200 hervorgeht, umfaßt das Programm der ersten Sitzung der internationalen Konferenz, die im nächsten Oktober in Washington tagen soll, die wichtigsten Fragen die auf der Gewerkschaftskonferenz in Bern verhandelt wurden. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, an der Konferenz in Washington teilzunehmen. Sie wird nach bestimmten Gesetzen abgehalten werden, die eine Fortsetzung Ihrer Beschlüsse voraussetzen, jedoch unter der Voraussetzung der Zustimmung der zuständigen Behörden der vertretenen Länder.

4. Der Entwurf des Abkommens über das internationale Arbeiterrecht, den die deutsche Regierung vorbereitet hat, weist eine Lücke auf, er enthält keine Bestimmung, die eine Vertretung der Arbeiter an der internationalen Konferenz vorsieht, die er in seinem Artikel 7 vor schlägt. Er stellt auch in folgenden Punkten den Bestimmungen des Teiles 13 nach: a) 5 Jahre wird als größter Zeitraum zwischen je 2 Sitzungen festgelegt (Art. 7) die Friedensbedingungen schlagen 1 Jahr vor (Artikel 389). b) Jedes Land verfügt über eine Stimme (Art. 7), die Friedensbedingungen sprechen jedem Delegierten eine Stimme zu; gleichwohl ob er eine Regierung, die Arbeitgeber oder die Lohnarbeiter vertritt (Art. 319). c) Die Beschlüsse sind nur dann bindend, wenn sie von der Majorität angenommen worden sind, die 2/3 der an der Abstimmung teilnehmenden Länder umfaßt (Art. 7). In den Friedensbedingungen ist nur eine Majorität von 2/3 der bei der ungültigen Abstimmung abgegebenen Stimmen zur Annahme des Vorschlages oder Entwurfes durch die Konferenz nötig. (Art. 405.)

Die alliierten und assoziierten Regierungen sind daher der Meinung, daß ihre Entscheidungen der Sorge Rechnung tragen, die die deutsche Delegation hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit äußert und daß diese Entscheidungen die Gewähr sind für die Bewirkung von Reformen, auf die die Arbeiterklasse mehr denn je ein Recht hat nach der harten Prüfung die der Welt während der letzten 5 Jahre angesetzt worden ist.

Geschrieben Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgeprägten Hochachtung.

gez. C. Clemenceau.

### Die Begründung der österreichischen Delegierten.

Mailand, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht indirekt.) Die Begründung der österreichischen Delegierten durch die französischen Behörden in St. Germain wird von der italienischen Presse lebhaft erörtert und kritisiert. Die ganze Aufmerksamkeit des Landes ist nunmehr von den Verhandlungen mit den deutschen Delegierten in Versailles auf jene in St. Germain abgelenkt, und man empfindet es als höchst seltsam, daß Frankreich hierbei so wenig Rücksicht auf die Interessen des verbliebenen Italiens nimmt.

### Die Einflüsterung.

Paris, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht indirekt.) Wie der „Daily Mail“ aus Koblenz gemeldet wird, erklärte der amerikanische General Pershing am vergangenen Dienstag, falls Deutschland sich weigere den Friedensvertrag zu unterzeichnen, werde sich Amerika an den Maßnahmen beteiligen, die vorbereitet sind, um Deutschland zur Unterzeichnung zu veranlassen. Im Falle der Unterzeichnung wird die amerikanische Besatzungsarmee auf drei Divisionen vermindert werden. Die 1., 2. und 3. Division bleiben in Deutschland, während die 4., 5., 6. und 7. Division bis zum 1. Juni nach Amerika abtransportiert werden. Einen Monat später wird die ganze amerikanische Besatzungsarmee Deutschland verlassen haben. Nach der „Chicago Tribune“ sollen die amerikanischen Truppen durch französische ersetzt werden. Bei den genannten amerikanischen Divisionen handelt es sich um Truppen der regulären Armee. Dagegen werden auch nach der Unterzeichnung amerikanische freiwillige Truppen am Rhein bleiben.

Versailles, 15. Mai. (W. B.) Die Pariser Ausgabe des New-York Herald meldet, daß der Ausschuss für Osterratsangelegenheiten gegen von der Friedenskonferenz eingeleitet wurde. Es wurde beschlossen, daß eine alliierte Flotte in die Ostsee geschickt und ein Anzahl alliierter Infanteriebataillone gebildet werde. Wenn sich der Zweck dieser Expedition ausbleibe noch nicht bekanntgegeben wurde, liegt doch Grund zu der Annahme vor, daß eine Operation gegen Petersburg stattfinden soll und Admiral Koltschal darauf besteht, daß man dem Plan nicht erlauben dürfe gegen Petersburg zu ziehen.

Die Chicago Tribune berichtet, daß der Blererrat nicht nur die Gesamtheit der isolierten Durchbrechung der Blockade im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages erörtert, sondern auch die völlige Aufhebung der Blockade besprach für den Fall, daß der Frieden unterzeichnet werde. Das Blatt hält diesen Umstand für ein Zeichen, daß in amerikanischen Kreisen gehen die Ansätze vorherrschen, Deutschland den Vertrag unterzeichnen. Man ist der Ansicht, daß Schreinemanns Rede und der Protest der deutschen Delegation zu bezwecken, Proteste gegen den Friedensvertrag vorbringen zu können, doch dagegen, sobald sich die Welt dem Ende nähert oder gar vorher nach, der Friedensvertrag unterzeichnet werde.

### Amerika und die Friedensbedingungen.

Chicago, 15. Mai. (W. B.) Die Friedensbedingungen rufen in Amerika wohl Ruffen hervor, als man anfangs erwartete. So berichtet die englische Presse am 14. Mai: Die Haltung der englischen und französischen Arbeiterpartei erregt allgemeine Beachtung. Die amerikanische Beurteilung der Bedingungen wird in der englischen Presse je nach ihrer politischen Richtung verschieden gewertet. Selbst die „Times“ gibt zu, daß in Amerika eine gewisse Ablehnung gegen Wilson wegen der geplanten Dreiländerbesuche besteht, wodurch die Vereinigten Staaten für den Ausgang Frankreichs verpflichtet werden sollen.

### Die Frage von Teschen.

Paris, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Frage von Teschen wird nicht durch die Besprechungen zwischen den Vertretern von Polen und Tschecho-Slowaken gelöst werden können, da die Frage in der inneren Politik der beiden Staaten eine so große Rolle spielt, daß sie nur durch schiedsrichterlichen Spruch entschieden werden kann. Vorwiegend wird das Teschener Kohlengebiet den Tschecho-Slowaken zugesprochen werden, die sich alsbald verpflichten müßten, den Polen eine gewisse Menge Kohlen zu liefern.

### Wilhelm II.

Berlin, 15. Mai. (Von unserm Verf. Büro.) Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird aus Paris gemeldet: Kaiser Wilhelm solle auch wegen der Bergeden gegen das allgemeine Verantwortlich gemacht werden, die von ihm unterzeichneten Persönlichkeiten verübt worden wären. Das Journal de Genève indes weiß gleichfalls von

einem Umstimmung in der Pariser Schiedskommission zu melden. Die Schiedskommission verlangt, daß an Ho und das Vietnam nach der Aufhebung des Kaiserreichs geteilt werden soll. Die Arbeit hätte nunmehr, daß von drei in die Welt hinausgewanderten Mitarbeiter und anderen Deutschen, Reichswehr geleitet werde.

### Die Lage in Rußland.

Schneller Sturz der russischen Bolschewisten-Herrschaft?  
Paris, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Wie aus London gemeldet wird, ist dort fordern der bolschewistischen Besatzung in Petersburg Spalatskowskij, der diesen Posten seit dem Jahre 1913 inne hatte, eingetroffen. Er sprach sich über die Lage in Rußland dahin aus, daß die Vernichtung der Bolschewisten in absehbarer Zeit zu erwarten sei. Die Bolschewisten fehle es an Nahrungsmitteln und Munition.

Unter allen Transportwegen stehe ihnen nur noch die Wolga zur Verfügung und wenn sie auch diese noch einhalten, sei der Sturz der Bolschewistenherrschaft in Rußland nicht zu erwarten. Spalatskowskij sagt diesen Zusammenbruch für den kommenden Sommer oder spätestens Anfang Herbst voraus.

### Entente-Angriff gegen Petersburg?

Paris, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Wie der New-York-Herald meldet, hat die Pariser Friedenskonferenz beschlossen, eine Kommission für die Ostsee zu bilden, in der Frankreich, die Vereinigten Staaten und England vertreten sein werden. Es soll eine alliierte Flotte in die Ostsee entsandt werden, sowie Infanteriebrigaden. Der Zweck dieser Expedition ist ein Angriff zu Wasser und zu Land gegen Petersburg.

### Baden.

Karlsruhe, 15. Mai. Der Verfassungskommission des Badischen Landtages beschloß sich in seiner heutigen Sitzung mit dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf über die Verfassung der Landesbehörden. Von dem Verzeichnis des Jurismus und der Demokratien wurden erhebliche Bedenken geltend gemacht, die sich nicht gegen den Sozialismus gerichtet als solche, sondern gegen die Art des Vorgehens im vorliegenden Entwurf richteten. Der Verfassungskommissioner übergab die kommenden Wochen einen Regierungsentwurf an, der in gewisser Weise Sozialismus einnehmen dürfte, sich aber nicht auf die in der Verfassung bestimmten Grenzen der Justiz mit einmischen werde. Schacht wurde a. B. an eine Bestätigung der Parteipolitik (Gramm, Vorpost) und an die öffentliche Verwaltung der richterlichen Kraft. Letzterer wiederum, durch die Sozialisten, eine Steigerung der Kontrolle zu erzielen. Die Vertreter des Jurismus und der Demokratien stimmten der Erklärung des Arbeitsministers zu. Im Hinblick auf die zu erwartende Regierungsvorlage wurde die Beratung des sozialdemokratischen Entwurfes vorläufig ausgesetzt.

### Letzte Meldungen.

#### Schwere Anschuldigungen gegen Marschall Joffre.

Basel, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Pariser Havas-Agentur gibt eine Meldung des „Democrat“ wieder, monach Marschall Joffre sich vor der parlamentarischen Kommission über derartig schwer wiegende Vorkommnisse zu verantworten haben werde, daß im Anschluß hieran keine Verlegung in den Anklagezustand zu erwarten sei. Das Blatt weist Marschall Joffre insbesondere vor, er habe ein Telegramm unterschrieben, durch das Rumänien genötigt wurde, in einem ungünstigen Augenblick in den Krieg einzutreten.

#### Eine Fälschung.

Berlin, 16. Mai. (Von unserm Verf. Büro.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt in einem Bericht über die Nationalversammlung in Weimar behauptet die Londoner Deutsche vom 12. April, daß der Ministerpräsident Schreinemann in der Sitzung vom 10. April an eine Volksabstimmung in Bezug auf die Bedingungen der Unterzeichnung des Friedensvertrages verurteilt hätte. Diese Notiz beruht auf einer Fälschung. Der Ministerpräsident hat in jener Sitzung ausdrücklich gesagt: Wenn wir in Bezug auf Schlag-Verletzungen nicht auf eine Volksabstimmung drängen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt von Wilsons Programm zu erfüllen, sondern um für die letzten Verhandlungen oder neue Verhandlungen wegen Vergewaltigungen aus dem Wege zu räumen.

Berlin, 15. Mai. (W. B.) Der Friedenslandtag der Nationalversammlung wird am 17. Mai nachmittags 5 Uhr im Reichstagsgebäude in Berlin wieder zusammenkommen.

Versailles, 15. Mai. (W. B.) Die Pariser Presse meldet, daß die letzten drei Noten des in Genäve geschickten unerschöpflichen Lehenden Grafen von Sersdorff den zuständigen Ausschüssen zur Verfügung der Antwort überreicht wurden. Der Wortlaut der Noten wird nicht veröffentlicht, sondern nur eine kurzgefasste Inhaltsangabe.

## Handel und Industrie.

### Mannheimer Effektenbörse.

Die Börse verkehrte in guter Haltung. — Konstant bestand für Rhein-Eisenbahn-Aktien. Von Industrie-Aktien blieben Industriewerke Waghäusel zu niedrigerem Kurse erhältlich.

### Warenverkehr mit der britischen Zone des besetzten Gebiets.

Nach dem Warenverkehr zwischen der britischen Zone des besetzten Gebiets und dem nördlichen Deutschland sind seitens der Handels- und Zollverwaltung neue Vorschriften mitgeteilt worden. Die Warenverkehrsliste von Berlin ist für jeweils einen Monat vollzählig zu den Zollbehörden und Händlern zu überreichen. Die Zollbehörden in solchen Bezirken auf Lager halten, die für mindestens eine Monatsproduktion im fertigen Waren erfordern. Die Warenverkehrsliste der Zollbehörden und die Liste der Warenverkehrs, auf die sie zu beziehen, können auf der Handelskammer eingesehen werden.

### Braunwein-Freigabe.

Auf die in Offenburg gefasste Resolution des Landesverbandes bayerischer Klein- und Kolbräner vom 6. Februar 1919, wegen Aufhebung der Verordnung vom 24. Februar 1917 und vorläufiger Regulierung von Braunwein, welche an das Badische Ministerium und die Reichsbraunweinsteuern Berlin weitergeleitet wurde, daß das Reichsbraunweinsteuernamt Berlin unter dem 24. April die Entscheidung getroffen, daß den Klein- und Kolbräner für das Vertriebsgebiet (1919) bis zu einem Hektoliter reinen Alkohol eigener Erzeugung aus dem Vertriebsgebiet 1919/20 unter gleichzeitiger Verlegung von der Abgabebeschränkung befreit werden dürfen. Die weiteren Verhandlungen werden von der Reichsbraunweinsteuern, Abteilung München in München, ergriffen.

Somit sind also etwa 200 Liter 50 Wiger Trinkbraunwein von der Abgabebeschränkung befreit, was immerhin als ein schöner Erfolg der bisherigen Verhandlungen der bayerischen Landwirtschaftskammer mit dem Landesverband bayerischer Klein- und Kolbräner bezeichnet werden kann. Dieser Erfolg sollte diejenigen Kolbräner, welche noch nicht dem Verband angeschlossen, dazu ermuntern, sich der Organisation anzuschließen, denn ein kollektiver Aufwandsbeitrag ist unbedingt notwendig. Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der bayerischen Klein- und Kolbräner, Karlsruhe, Hauptstraße 13.

Hildesheim, 15. Mai. Die Rohwollvereinbarung beschloß eine Preisobergrenze um 17 1/2 % für verarbeitete Rohwolle. Die Vereinbarung der Rohwollhändler Deutschlands erlöbte den Lagerpreis für Rohwolle um 20, blanke Rohwolle und Hebrum um 25, verarbeitete Rohwolle um 30 Mark für den Doppelkamm und beschloß den Fortfall der bisherigen Bonifikation.







Amthliche Veräußerungen der Stadtgemeinde

Sonntag, den 17. Mai gegen folgende Marken:
I. Für die B. Zbrander.
Zwei: Für 1/2 Pfund Spielzeug die Marke 12 der Bett-
tische in den Bettverkaufläden 26-34 (1 Pund
loset M. 3.20).

II. Für die Verkaufshäuser.

Zwei: Für die Bettverkaufläden 751-752 am Sams-
tag, den 17. da, bei der Wollzentrale und Wollerei-
genossenschaft vormittags von 8-12 Uhr.
Zwei: Gebrauchsgegenstände für Schiffspersonal.
Die Gebrauchsgegenstände für Schiffspersonal werden
von jetzt ab im Redaktionszimmer der Wollerei zur Ab-
handlung, Freitag 2 ausgegeben. Öffnungszeit von
9-12 Uhr und von 4-6 Uhr.

Wir haben in Kommission:

Preiswerte Salon-Möbel:
Polstermöbel
Schränken
Paravants
Smyrna-Teppiche
Spiegel
Gemeinnützige Möbelverwertung
Gaschäftsstelle P. O. 20. Tel. über Rathaus.

Heugrasversteigerung.

Montag, den 19. Mai ds. Js., vorm.
10 Uhr, wird das Heugras von 6 u. Wicken
und Kläsen des Schloßgartens dahier öffentlich
alsweise versteigert.

Die Versteigerungsbedingungen werden vor
Beginn der Versteigerung bekannt gemacht.
Die Zusammenkunft ist ein Schloßgarten,
an der Zufahrt zur Rheinbrücke.
Mannheim, den 16. Mai 1919.
Schloßgartenverwaltung.

M. KAISER & GEISLER
FEINE HERRENSCHNEIDEREI
P. O. 7, 23, 11, Heilbrunnstraße, 300.

Jeden Tag
Großer Spargelmarkt
bei Kadel
Mittelstraße 3. Nähe Medplatz.
- Telefon 6513. -
Vormittags von 8-11 Uhr. Nachmittags 5-7 Uhr.
I. Sorte Pfund Mk. 1.50
II. Sorte Pfund Mk. 1.10
sowie sämtliche Frühgemüse und Salate.
Für Hotel und Kostgebern
lohnt sich ein Versuch.
Gegen Notentlohn ins Haus gebracht.

Warnung vor Zuzug
nach Stuttgart!
In Stuttgart herrscht Wohnungsmangel. Deshalb
Wohnungsmittel Stuttgart vorzugsweise dabei regelmäßig
die Erlaubnis zum Zuzug. Ohne diese Erlaubnis
werden keine Wohnungsmittel abgegeben! Der
Wohnungsmittelbesitzer, Vermieter und der-
gleichen ist nur bis höchstens 3 Tagen gestattet.
Die Einhaltung der Vorschriften wird ständig
überwacht. Unvermeidliche Verstöße werden Strafe
und Zwangsverhaftung zu ziehen.
Stuttgart, den 6. April 1919.
Stadtschultheißenamt:
Leutenhölzer.

Einladung zur Wahl der Stadtverordneten.

Nach Beschluß der Stadtvorstandung hat eine Neuwahl der Stadtverordneten
stattzufinden.
Es sind 65 Stadtverordnete zu wählen.
Die Wahl findet in nachbezeichneten Wahllokalen statt.

am Sonntag, den 15. Mai 1919,
von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

Wahlberechtigt sind die volljährigen Gemeindeglieder und die wahlberechtigten
Eingewohnten, deren Wohnort nicht ruht.
Wahlberechtigte Gemeindeglieder sind die Angehörigen des Deutschen Reiches, welche
mindestens 20 Jahre alt sind und seit 6 Monaten in der Gemeinde ihren Wohnort haben.
Bei allen Wahlberechtigten ruht das Wahlrecht
1. während der Dauer der Einbürgerung oder einer wegen geistiger Gebrechen
bestehenden Unfähigkeit und während der sonstigen Unfähigkeit,
2. infolge der Abberufung der bürgerlichen Ehrenrechte während der Dauer
dieser Verluste.
Außerdem ruht das Wahlrecht der Gemeindeglieder, welche in der Gemeinde keinen
Wohnort haben.
Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.
Die Stimmzettel müssen aus weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen
versehen sein. Es können nur solche Stimmzettel gültig abgegeben werden, welche
Namen von ein und demselben Vorschlagssteller enthalten. Enthält der Stimmzettel Namen
von verschiedenen Vorschlagsstellern oder Namen, die auf keiner Vorschlagsliste stehen, so
ist er ungültig.
Nur wer in der Wählerliste eingetragen ist, wird zur Wahl zugelassen.
Wahlbar sind alle mindestens 20 Jahre alten Wahlberechtigten, deren Wahlrecht
nicht ruht, mit Ausnahme derjenigen Beamten, welchen die staatliche Aufsicht über die
Gemeinde übertragen ist.
Werden Gemeindeglieder zu Gemeindevorständen gewählt, so können sie das Amt nur
annehmen, wenn sie ihr Amt als Gemeindeglieder niederlegen.
Es ergibt die Ausfertigung bei dem Bürgermeisterei, Zimmer 57, spätestens bis
Mittwoch, den 7. Mai 1919, nachmittags 6 Uhr Wahlberechtigten einzureichen.

Die Vorschlagslisten dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Sitze vorhanden
sind, und nicht weniger als 10. Sie müssen von 10 in der Wählerliste
angewiesenen Personen unterschrieben sein.

Die Vorschlagslisten sind in erkennbarer Reihenfolge aufzulegen und so zu bezeichnen,
daß sie nicht mit anderen gleichen Namen in der Gemeinde verwechselt werden
können; auch ist von jedem Vorschlagslisten oder von den Vorschlagslisten
eine Erklärung beizulegen, worin sie unterzeichnet der Aufnahme in die Vorschlagsliste
zustimmen.

In mehr als einer Witz darf sich kein Bewerber vorfinden lassen.
Die Unterschriften einer Vorschlagsliste haben bei Einreichung derselben einen
Vertrauensmann und einen Stellvertreter aus ihrer Mitte zu benennen, die zu ihrer
Erklärung dem Bürgermeisterei gegenüber als ermächtigt gelten. Fehlt es an einer
solchen Benennung, so gilt der erste Unterschriften als Vertrauensmann, der zweite als
sein Stellvertreter.

Für die Wahl sind 65 Wahlkommissionen bestellt. Die Ermittlung des
Wahlergebnisses wird die nach § 29 Abs. 3 der Stadtvorstandung beschriebene
Wahlkommission finden am

Montag, den 16. Mai 1919, nachmittags 4 Uhr
im Rathaus statt.

Mit der Wahl der Stadtverordneten findet gleichzeitig und in einem Wahllokal
die Wahl der Bezirksräte und der Kreisverordneten statt. Die Stimmabgabe erfolgt
mittels zweier getrennter Stimmzettel, von welchen der eine die zu wählenden
Gemeindevorstände, der andere die zu wählenden Bezirksräte und Kreisverordneten
enthält. Die beiden Stimmzettel sind in einem Wahllokal zusammen zu übergeben.
Der dem gemeindefürsorglichen Stimmzettel für die Bezirksräte- und Kreisverordneten
sind die Vorschlagslisten in 2 Abteilungen mit den Aufschriften „Bezirksräte“ und
„Kreisverordnete“ zu verzeichnen.

Mannheim, den 30. April 1919
Stadtrat.

Gemeindewahlen 1919

Bezirkseinteilung

Table with 4 columns: Bezirk Nr., Umfassend, Wahllokal, and a second set of columns for another district. It lists various neighborhoods and their corresponding election locations.















# Wo stehen wir heute?

Oskar Bühring-Mannheim spricht über „Wichtige Aufgaben in der Gemeindepolitik“. Eintritt frei. Karten durch unsere Geschäftsstelle Kirchenstraße 11/13. (Fernsprecher 235).

Darüber spricht Herr Landtagsabgeordneter Fabermehl-Piorzheim. Freitag, den 16. Mai, abends 8 Uhr im „Müliental“. Herr Direktor

## Deutschnationale Volkspartei Mannheim.

**National-Theater**  
Freitag, den 16. Mai 1919  
46. Vorstellung im Abonnement A  
Steinberg-Abend  
**Gläubiger**  
Hierauf:  
**Mit dem Feuer spielen**  
Anfang 7 Uhr. Kleine Preise. Ende 9 1/4 Uhr.

**Künstler-Theater**  
**APOLLO**

Samstag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr  
Das  
**Sensations-Programm**

**Erna Aria**  
die große Tragödin  
in ihrer Szene

**Hypnose**

**Margareta Loube**  
mit ihrem Komiker  
Kunst und Humor auf Fahrrädern

**Gert und Gräfe**  
„Die Uebermütigen“

**Herm. Strebelt**  
mit neuen Vorträgen.

**Julius Fuerst**  
Experimentator.

**Minni u. Anni Helsen**  
in ihren Tanzdichtungen.

**Ludwig Klermont**  
Humorist  
Autor seines gesamten Repertoires

**Lilli und Foxl**  
Tiroler Leben — Gesang — Dressur

**Zwei Lansons**  
Balancakt.

**Sonntags:**  
zwei Vorstellungen  
nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/4 Uhr.

**Gesellschaft 1912, Mannheim**  
Am Sonntag, den 18. Mai 1919

**Ausflug**  
nach Viernheim, Lokal zum Engel.  
Wandel, Besuche u. Gönner herzlich willkommen. Bes.  
Führer: Dr. W. Welpisch. Der Vorstand.

**Goetheschule**  
Knaben-  
Pensions-  
Realklassen, verbunden mit Vorschule, erfüllt  
Einführungszeugnis. E42

**Damenhüte** Umpressen  
Umnähen  
**Herrenhüte** Filz, Stroh u. Panama  
werden gewaschen und auf „Reu“ hergestellt. 674  
**Hutwascherei Alfred Joos**  
Mannheim, Q 7, 20. Telefon 5036.

**PALAST-TEATER**

Wir bringen von heute:

**Das grosse sozialhygienische Filmwerk**  
in 6 Akten  
mit wissenschaftl. Unterstützung u. Mitarbeit v. San.-Rat Dr. Magnus-Hirschfeld

**Die Prostitution**

Darsteller:

Klassen, Agent	.....	Fritz Beckmann
Lola	.....	Anita Berber
Hedwig } dessen Töchter	.....	Gussy Holl
Dr. Werner	.....	Conradt Veldt
Hilber, Haushälter	.....	R. Klein-Rhoden
Vera, dessen Tochter	.....	Hilja Clermont
Karl	.....	Reinhold Schlinzel
Michalsky	.....	Ferdinand Bonn
Madame Riedel	.....	Marga Köhler
Die Prostitution	.....	Klass v. Stevers

**Die Prostitution und die Volksgesundheit!**  
**Die Gefahren der freien Prostitution!**  
Ist die kasernierte Prostitution weniger gefährlich?

**UNION-UT THEATER**  
P 6. 23 Tel. 867

**12888 Besucher**  
bewunderten innerhalb 7 Tagen das Prachtfilmwerk in 6 Akten

**Die Lieblingsfrau des Maharadscha**

II. Teil

In Ausstattung und Kostümen auf höchster Stufe.

Gunnar Tolnaes und Lilly Jacobsen haben in dem Filmwerk „Die Lieblingsfrau des Maharadscha“ die Gunst des Publikums erworben.

Um den kolossalen Ansturm zu bewältigen u. jedem Gelegenheit zu geben, sich dieses Filmwerk anzusehen, sehen wir uns veranlaßt, denselben sieben weitere Tage auf unserem Spielplane zu belassen!

Um unsere Konkurrenz zufrieden zu stellen, sehen wir uns veranlaßt, Kinder auch in Begleitung Erwachsener nicht mehr zuzulassen. Dies für Alle!

**Israelitische Gemeinde.**  
In der Hauptsynagoge:  
Freitag, den 16. Mai, abends 7 1/4 Uhr  
Samstag, den 17. Mai, morgens 9 1/4 Uhr  
Schriftterklärung.  
Herr Stadtrabbiner Dr. Stecklmaier:  
Samstag, den 17. Mai, nachmittags 2 1/4 Uhr  
Sagen Gottesdienst mit Schriftterklärung.  
Samstag, den 17. Mai, abends 8.00 Uhr  
In den Sonntagen:  
Morgens 7 Uhr. — Abends 6 1/4 Uhr.  
In der Clausenynagoge:  
Freitag, den 16. Mai, abends 7 1/4 Uhr  
Samstag, den 17. Mai, morgens 8 Uhr  
Samstag, den 17. Mai, abends 8.00 Uhr  
In den Sonntagen:  
Morgens 6 1/4 Uhr. Abends 7 Uhr.

**Hinein!**

Ihr kaufm. weiblichen Angestellten in die Berufs-Organisation! Das ist die anerkannte Gewerkschaft, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

Ankunft und Beitritts-Anmeldungen durch den 2100

**Kreis-Verein Mannheim**  
H 6, 13. Fernspr. 7723.

**Detektiv-**  
Institut und  
**Privatankunft „LUX“**  
Albert Schupp, G.-M. Mannheim, P 3, 1. Tel. 2215.  
Vertrauliche Ankünfte jener Art. Erhebungen in allen Kriminal- u. Zivilprozessen. Heirat-Ankünfte

3-400 Waggons Buchen-, Eichen- und Kiefern-  
**Brennholz**  
Sofort prompt lieferbar, preiswert abgegeben. 2070  
Chr. Heß, Nachf. Schöhler & Parri,  
Holz, Koflen, Bonmarer, Döngers und Buttermittler,  
Rousheim (Rheinheffen). 2070

**Jeder Dame**  
empfehle mein neuestes, mit techn. Apparaten eingerichtetes  
**Spezialhaus für Schönheitspflege.**  
Haar-, Gesicht- und Bäderpflege, Körper-Massagen, Spez.: Elektrische Wannenbäder, Aerisch gepufft.  
Schmerzlose Beseitigung von Frauenbart, Sommersprossen, Warzen, hängenden Mundwinkeln etc.  
**Spezialtyp Bleichkuren.**  
Damen-Frisier-Salon.  
Verkauf edler Parfümeries u. Mineral-Schönheitspflege.  
Hand- u. Fußpflege. Frau Keller, früher H 3, 15, jetzt C 4, 1.